

## Bundesland und Reichsgau

Demokratie, "Ständestaat" und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945

Bearbeitet von

Alfred Ableitinger, Sandra Abrams, Gerhard Baumgartner, Uwe Baur, Dieter Bindre, Walter Brunner, Günther R. Burkert, Helmut Eberhart, Christa Eisner, Helmut Gebhart, Ernst-Christian Gerhold, Christian Glanz, Karin Gradwohl-Schlacher, Heimo Halbrainer, Elke Hammer-Luza, Gernot D. Hasiba, Alois Kernbauer, Albrecht Kubinzky, Gerald Lamprecht, Karin Leitner-Ruhe, Maximilian Liebmann, Gerhard Marauscher, Irena Mavric-Zizek, Martin Moll, Peter Pantzer, Birgit Poier, Martin F. Polaschek, Vincenc Rajsp, Reinhard Reimann, Bernhard Reismann, Elisabeth Schöggel-Ernst, Peter Teibenbacher, Werner Tscherne

1. Auflage 2015. Buch. 1256 S. Hardcover

ISBN 978 3 205 20062 8

Format (B x L): 19,5 x 26 cm

Gewicht: 3613 g

[Weitere Fachgebiete > Geschichte > Europäische Geschichte > Europäische Regional- & Stadtgeschichte](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# GESCHICHTE DER STEIERMARK

Band 9/I

---

Alfred ABLEITINGER (Hg.)

## BUNDESLAND UND REICHSGAU

Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945

# Geschichte der Steiermark

Herausgegeben von der  
Historischen Landeskommision für Steiermark

Band 9/I

# Bundesland und Reichsgau

Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft  
in der Steiermark 1918 bis 1945

Herausgegeben  
von  
Alfred ABLEITINGER  
im Auftrag der Historischen Landeskommision für Steiermark

Redigiert  
von  
Meinhard BRUNNER



2015

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Die Realisierung dieser Publikation wurde durch Mittel des Landes Steiermark ermöglicht.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2015 by Böhlau Verlag GesmbH & Co.KG Wien Köln Weimar  
Wiesingerstraße 1, 1010 Wien [www.boehlau-verlag.com](http://www.boehlau-verlag.com)  
Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes  
ist unzulässig.  
Gesamtleitung: Univ.-Prof. i. R. Dr. Alfred Ableitinger  
Herausgeber: Univ.-Prof. i. R. Dr. Alfred Ableitinger  
Lektorat: Mag. Dr. Gernot P. Obersteiner MAS  
Umschlagbild: Mag. Bernhard Bergmann  
Konzeption & Layout: Crossdesign Werbeagentur GmbH, 8042 Graz  
Druck und Bindung: Theiss, St. Stefan im Lavanttal  
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier  
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-20062-8

# Inhaltsverzeichnis

## Teilband I

Alfred ABLEITINGER	Vorwort. . . . .	8
Autorinnen und Autoren . . . . .		11
<b>Das Bundesland</b>		
Alfred ABLEITINGER	Unentwegt Krise. Politisch-soziale Ressentiments, Konflikte und Kooperationen in der Politik der Steiermark 1918 bis 1933/34 . . . . .	21
Dieter BINDER	Die politische Kultur in der Steiermark . . . . .	177
Gernot HASIBA †	Gesetzgebung und Verwaltung in der Steiermark 1918 bis 1933. . . . .	191
Martin POLASCHEK	Statt „ständisch-autoritär“ ständig autoritär. Die Steiermark zwischen 1933 und 1938 . . . . .	239
Martin MOLL	Die „blutende Wunde“ im Süden: Eine neue Grenze entsteht. . . . .	289
Reinhard REIMANN	Nachbarschaft wider Willen. Die Beziehungen des Bundeslandes Steiermark zu Jugoslawien 1918 bis 1938 . . . . .	317
Heimo HALBRAINER	Graz–Madrid–Dachau: Steirer und Steirerinnen im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 . . . . .	343
<b>Der Reichsgau</b>		
Heimo HALBRAINER	NS-Herrschaft in der Steiermark. Herrschaft – Ausgrenzung – Verfolgung – Terror . . . . .	355
Helmut GEBHARDT	Verwaltung im Reichsgau Steiermark 1938 bis 1945 . . . . .	381
Gerhard MARAUSCHEK	Die kommunalpolitische Entwicklung der Stadt Graz als „Stadt der Volkserhebung“ 1938 bis 1945 . . . . .	407
Karl Albrecht KUBINZKY	Groß-Graz, die Stadt der Volkserhebung: Alltag, Stadterweiterung, Stadtplanung . . . . .	429

Bernhard REISMANN	Von der Begeisterung zur Ernüchterung. Die Jahre 1938 bis 1945 in der Steiermark anhand von Augenzeugenberichten . . . . .	443
Elke HAMMER-LUZA	Alltags- und Frauenleben in der NS-Zeit . . . . .	467
Elisabeth SCHÖGGL-ERNST	Das Ende der persönlichen Freiheit: Zwangarbeit und Kriegsgefangenschaft. . . . .	479
Heimo HALBRAINER	Widerstand und Opposition in der Steiermark 1938 bis 1945. . . . .	493
Gerald LAMPRECHT	„.... das herrliche Schauspiel mitanzusehen“. Von der Zerstörung der jüdischen Gemeinde von Graz . . . 515	
Gerald LAMPRECHT	„Arisierung“ in der Steiermark . . . . .	537
Karin LEITNER	„Ich bitte also bei der Verteilung [...] an uns zu denken.“ Kunstraub während der NS-Zeit in der Steiermark . . . . .	559
Birgit POIER	„Wenn das Recht zum Leben endet ...!“ NS-Gesundheits- und Sozialpolitik in der Steiermark . . . . .	575
Walter BRUNNER	Bomben auf die Steiermark. Der Luftkrieg 1941/44 bis 1945 . . . . .	597
Heimo HALBRAINER	„Immer gaben sie uns den falschen Namen Emigranten“. Steirerinnen und Steirer im Exil . . . . .	611
Gerhard BAUMGARTNER	Das Schicksal der Roma-Bevölkerung in den 1939 dem Reichsgau Steiermark einverleibten burgenländischen Gebieten . . . . .	633

### Die angegliederte Untersteiermark 1941 bis 1945

Irena MAVRIČ-ŽIŽEK & Vincenc RAJŠP	Die Besetzung der Untersteiermark . . . . .	653
---------------------------------------	---	-----

## Teilband II

### Wirtschaftliche Entwicklung

Peter TEIBENBACHER	Die gewerbliche und industrielle Wirtschaft der Steiermark 1918 bis 1945 . . . . .	11
Peter PANTZER	Steirischer Stahl und Österreichs konsularische Präsenz in Tokyo. . . . .	45
Günter R. BURKERT	Die steirische Landwirtschaft 1918 bis 1945 . . . . .	55
Günter R. BURKERT	Der steirische Fremdenverkehr 1918 bis 1945. . . . .	91
Werner TSCHERNE	Einheit und Vielfalt – Die Steiermark 1918 bis 1945 im Spiegel der Statistik . . . . .	113

**Kultur, Kunst, Schulwesen und Wissenschaft**

Helmut EBERHART	„Innere Politik ist zum großen Teil angewandte Volkskunde ...“ . . . . .	135
Sandra ABRAMS	Kunstschaften 1918 bis 1945 . . . . .	163
Karin GRADWOHL-SCHLACHER & Uwe BAUR	Literatur in der Steiermark 1918 bis 1945. . . . .	205
Christian GLANZ	Musik in der Steiermark 1918 bis 1945 . . . . .	245
Werner TSCHERNE	Das Schulwesen in der Steiermark von 1918 bis 1945. . . . .	267
Alois KERNBAUER	Wissenschaft – Universität, Hochschulen, Forschungsinstitutionen . . . . .	293

**Religionsgemeinschaften**

Maximilian LIEBMANN	Die Katholische Kirche in turbulenten Zeiten . . . . .	327
Ernst-Christian GERHOLD	Die evangelische Kirche 1918 bis 1945. . . . .	377
Christa EISNER	Die Altkatholische Kirche von 1918 bis 1945. . . . .	403
Gerald LAMPRECHT	Jüdisches Leben in der Steiermark zwischen 1914 und 1938. . . . .	411
Abkürzungsverzeichnis . . . . .		439
Literaturverzeichnis . . . . .		445
Orts- und Personenregister . . . . .		529

## Autorinnen und Autoren

Univ.-Prof. i. R. Dr. Alfred ABLEITINGER

Geb. 1938

Studium der Geschichte und Germanistik

Univ.-Prof. für Allgemeine Geschichte der Neuzeit am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Geschäftsführender Sekretär der Historischen Landeskommision für Steiermark

8010 Graz, Karmeliterplatz 3

[alfred.ableitinger@hlkstmk.at](mailto:alfred.ableitinger@hlkstmk.at)

Sandra ABRAMS

Geb. 1962

Studium der Kunstgeschichte

Freischaffende Kuratorin sowie Kunst- und Kulturmanagerin

8010 Graz, Marburger Kai 47

[abrams@mur.at](mailto:abrams@mur.at)

Mag. Dr. Gerhard BAUMGARTNER

Geb. 1957

Studium der Anglistik, Geschichte und Uralistik

Wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

1010 Wien, Wipplingerstraße 6–8

[gerhard.baumgartner@doew.at](mailto:gerhard.baumgartner@doew.at)

Univ.-Prof. i. R. Mag. Dr. Uwe BAUR

Geb. 1939

Studium der Germanistik, Sportwissenschaften, Pädagogik und Volkskunde

Univ.-Prof. für Neuere Deutsche Literatur am Institut für Germanistik der

Karl-Franzens-Universität Graz

Forschungsstelle Österreichische Literatur im Nationalsozialismus

8010 Graz, Universitätsplatz 3

[uwe.baur@uni-graz.at](mailto:uwe.baur@uni-graz.at)

tit. Univ.-Prof. Dr. Dieter BINDER

Geb. 1953

Studium der Geschichte und Germanistik

Univ.-Prof. für Neue Österreichische Geschichte und Österreichische Zeitgeschichte am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz und an der Andrassy-Universität Budapest

8010 Graz, Attemsgasse 8

[dieter.binder@uni-graz.at](mailto:dieter.binder@uni-graz.at)

HR Dr. Walter BRUNNER

Geb. 1940

Studium der Geschichte und Anglistik

Direktor i. R. des Steiermärkischen Landesarchivs

8103 Eisbach, Hörgas 96

[walterf.brunner@aon.at](mailto:walterf.brunner@aon.at)

Univ.-Prof. Dr. Günther R. BURKERT

Geb. 1952

Studium der Geschichte und Germanistik

Stellvertretender Sektionschef (Bereich Forschung) im Bundesministerium

für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

3550 Langenlois, Bahnstraße 63

[a1.guenther.burkert@a1.net](mailto:a1.guenther.burkert@a1.net)

Ao. Univ.-Prof. Dr. Helmut EBERHART

Geb. 1953

Studium der Volkskunde und Ethnologie

Studiendekan der Geisteswissenschaftlichen Fakultät sowie Ao. Univ.-Prof. am Institut

für Volkskunde und Kulturanthropologie der Karl-Franzens-Universität-Graz

8010 Graz, Attemsgasse 25

[helmut.eberhart@uni-graz.at](mailto:helmut.eberhart@uni-graz.at)

Mag. Christa EISNER

Geb. 1960

Studium der Fachtheologie und Religionspädagogik

Synodalrätin der Altkatholischen Kirche Österreichs, Wiss. Rat in der Kulturabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung

8020 Graz, Wiener Straße 31

[christa.eisner@stmk.gv.at](mailto:christa.eisner@stmk.gv.at)

Ao. Univ.-Prof. Dr. Helmut GEBHARDT

Geb. 1957

Studium der Rechtswissenschaften

Ao. Univ.-Prof. für Verwaltungsgeschichte am Institut für Österreichische Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung der Karl-Franzens-Universität Graz

8010 Graz, Universitätsstraße 15

[helmut.gebhardt@uni-graz.at](mailto:helmut.gebhardt@uni-graz.at)

Prof. Mag. Ernst-Christian GERHOLD

Geb. 1942

Studium der Evangelischen Theologie

Superintendent i. R. der Evangelischen Kirche A. B. in der Steiermark und Religionsprofessor an diversen Höheren Schulen in der Steiermark

8010 Graz, Schubertstraße 28

[christian.gerhold@aon.at](mailto:christian.gerhold@aon.at)

Ao. Univ.-Prof. Dr. Christian GLANZ

Geb. 1960

Studium der Musikwissenschaft und Geschichte

Ao. Univ.-Prof. am Institut für Analyse, Theorie und Geschichte der Musik an der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien

1010 Wien, Schubertring 14

[gланz@mdw.ac.at](mailto:gланz@mdw.ac.at)

Dr. Karin GRADWOHL-SCHLACHER

Geb. 1955

Studium der Germanistik und Kunstgeschichte

Forschungsstelle Österreichische Literatur im Nationalsozialismus

8010 Graz, Universitätsplatz 3

[karin.gradwohlschlacher@uni-graz.at](mailto:karin.gradwohlschlacher@uni-graz.at)

Mag. Dr. Heimo HALBRAINER

Geb. 1963

Studium der Geschichte und Germanistik

Mitarbeiter am Centrum für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz,

Leiter des Vereines CLIO Graz (Verein für Geschichte und Bildungsarbeit)

8010 Graz, Großgrabenweg 8

[heimo.halbrainer@clio-graz.net](mailto:heimo.halbrainer@clio-graz.net)

Mag. Dr. Elke HAMMER-LUZA MAS

Geb. 1968

Studium der Geschichte, Germanistik und Volkskunde

Bereichsleiterin „Körperschafts- und Privatarchive“ am Steiermärkischen Landesarchiv

8010 Graz, Karmeliterplatz 3

[elke.hammer-luza@stmk.gv.at](mailto:elke.hammer-luza@stmk.gv.at)

Univ.-Prof. DDr. Gernot D. HASIBA †

Geb. 1943, verst. 2004

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften

Univ.-Prof. am (damaligen) Institut für Vergleichende Europäische Rechtsgeschichte  
der Karl-Franzens-Universität Graz

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Alois KERNBAUER

Geb. 1955

Studium der Geschichte und Germanistik

Ao. Univ.-Prof. für Österreichische Geschichte und Wissenschaftsgeschichte sowie  
Leiter des Universitätsarchivs der Karl-Franzens-Universität Graz

8010 Graz, Universitätsplatz 3

[alois.kernbauer@uni-graz.at](mailto:alois.kernbauer@uni-graz.at)

Prof. Mag. Dr. Karl Albrecht KUBINZKY

Geb. 1940

Studium der Geographie und Geschichte

Professor am Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz

8010 Graz, Neutorgasse 42

[kubinzky@gmx.at](mailto:kubinzky@gmx.at)

Assoz.-Prof. Mag. Dr. Gerald LAMPRECHT

Geb. 1973

Studium der Geschichte und Physik

Leiter des Centrums für Jüdische Studien der Karl-Franzens-Universität Graz

8010 Graz, Attemsgasse 8

[gerald.lamprecht@uni-graz.at](mailto:gerald.lamprecht@uni-graz.at)

Mag. Dr. Karin LEITNER-RUHE

Geb. 1967

Studium der Kunstgeschichte

Chefkuratorin am Universalmuseum Joanneum, Abteilung Alte Galerie

8020 Graz, Eggenberger Allee 90

[karin.leitner-ruhe@museum-joanneum.at](mailto:karin.leitner-ruhe@museum-joanneum.at)

em. O. Univ.-Prof. Dr. Maximilian LIEBMANN  
Geb. 1934  
Studium der Theologie und Geschichte  
em. O. Univ.-Prof. für Kirchengeschichte am Institut für Kirchengeschichte und  
Kirchliche Zeitgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz  
8010 Graz, Heinrichstraße 78 B  
[maximilian.liebmann@uni-graz.at](mailto:maximilian.liebmann@uni-graz.at)

SenR i. R. Dr. Gerhard MARAUSCHEK  
Geb. 1945  
Studium der Geschichte und Germanistik  
Leiter i. R. des Stadtarchivs Graz  
8020 Graz, Sechsundzwanziger-Schützen-Gasse 34

Mag. Irena MAVRIČ-ŽIŽEK  
Geb. 1961  
Studium der Geschichte und Geographie  
Muzej narodne osvoboditve Maribor  
2000 Maribor, Ulica heroja Tomšiča 5  
Slowenien  
[irena.mavric@mnom.si](mailto:irena.mavric@mnom.si)

Univ.-Doz. Dr. Martin MOLL  
Geb. 1961  
Studium der Geschichte und Germanistik  
Univ.-Doz. für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte am Institut für Geschichte  
der Karl-Franzens-Universität Graz  
8010 Graz, Attemsgasse 8  
[martin.moll@uni-graz.at](mailto:martin.moll@uni-graz.at)

em. Univ.-Prof. Dr. Peter PANTZER  
Geb. 1942  
Studium der Neueren Geschichte und Japanologie  
em. Univ.-Prof. an der Japanologischen Abteilung am Institut für Orient- und  
Asienwissenschaften der Universität Bonn  
1010 Wien, Freyung 6/9  
[p.p@uni-bonn.de](mailto:p.p@uni-bonn.de)

MMag. Birgit POIER

Studium der Geschichte

Direktorin des Caritas-Ausbildungszentrums für Sozialberufe

8010 Graz, Wielandgasse 31

[birgit.poier@caritas-steiermark.at](mailto:birgit.poier@caritas-steiermark.at)

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin F. POLASCHEK

Geb. 1965

Studium der Rechtswissenschaften

Vizerektor für Studium und Lehre, Studiendirektor sowie Ao. Univ.-Prof. für Österreichische und Europäische Rechtsgeschichte, Rechtliche Zeitgeschichte und Föderalismusforschung am Institut für Österreichische Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung der Karl-Franzens-Universität Graz

8010 Graz, Universitätsstraße 15/A/3

[martin.polaschek@uni-graz.at](mailto:martin.polaschek@uni-graz.at)

Univ.-Doz. Dr. Vincenc RAJŠP

Geb. 1952

Studium der Geschichte

Direktor des Slowenischen Wissenschaftsinstituts Wien

1010 Wien, Seilerstätte 2

[vincenc.rajsp@szi-dunaj.at](mailto:vincenc.rajsp@szi-dunaj.at)

Mag. Reinhard REIMANN

Geb. 1970

Studium der Geschichte und Germanistik

Lehrer für Deutsch als Fremdsprache am Vorstudienlehrgang der Grazer Universitäten und Hochschulen

8053 Graz, Brauhausstraße 84c

[reinhard.reimann@gmx.net](mailto:reinhard.reimann@gmx.net)

Mag. Dr. Bernhard REISMANN

Geb. 1969

Studium der Geschichte und Volkskunde

Leiter des Archivs der Technischen Universität Graz

8010 Graz, Technikerstrasse 4

[bernhard.reismann@tugraz.at](mailto:bernhard.reismann@tugraz.at)

Mag. Dr. Elisabeth SCHÖGGL-ERNST MAS  
Geb. 1963  
Studium der Geschichte und Germanistik  
Bereichsleiterin „Staatliche Archive“ am Steiermärkischen Landesarchiv  
8010 Graz, Karmeliterplatz 3  
[elisabeth.schoeggl-ernst@stmk.gv.at](mailto:elisabeth.schoeggl-ernst@stmk.gv.at)

Ao. Univ.-Prof. Dr. Peter TEIBENBACHER  
Geb. 1954  
Studium der Geschichte und Kunstgeschichte  
Ao. Univ.-Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Institut für Wirtschafts-,  
Sozial- und Unternehmensgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz  
8010 Graz, Universitätsstraße 15/E/2  
[peter.teibenbacher@uni-graz.at](mailto:peter.teibenbacher@uni-graz.at)

OStR Prof. i. R. Dr. Werner TSCHERNE  
Geb. 1927  
Studium der Geschichte und Geographie  
Prof. für Geschichte, Geographie und Englisch am Oberstufenrealgymnasium  
Deutschlandsberg und Prof. an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Graz  
8020 Graz, Strauchergasse 26

# Unentwegt Krise. Politisch-soziale Ressentiments, Konflikte und Kooperationen in der Politik der Steiermark 1918 bis 1933/34

## Vorbemerkungen

Was der Titel dieses Beitrages anspricht, hat bisher in der Historiographie zur Steiermark noch keine zusammenfassende und zugleich einigermaßen ausführliche Darstellung gefunden. Gerhard Pferschy, zu einer solchen am meisten berufen, konnte 1983 nur eine einschlägige Skizze vorlegen; der Rahmen, in dem sie publiziert wurde, definierte ihre Knappheit.<sup>1</sup> Stefan Karner legte 2000 „Die Steiermark im 20. Jahrhundert“ vor. Das Buch behandelte einen viel längeren Zeitraum als der hier folgende Text, es stellte zudem „Wirtschaft“, „Gesellschaft“ und „Kultur“ ungefähr gleichgewichtig neben die „Politik“.<sup>2</sup>

Selbstverständlich gibt es zahllose Beiträge zu einzelnen politischen Ereignissen des in Rede stehenden Zeitraumes und ebenso viele, die über politisches Geschehen auf lokaler und regionaler Ebene informieren. Auch fehlt es nicht an schriftlichen Porträts von Personen, die in jenen Jahren im und für das Land Politik gemacht haben,<sup>3</sup> bzw. an einigen Abhandlungen zu Elementen bzw. Segmenten seiner damaligen politischen Strukturen.<sup>4</sup> Das meiste, das alle diese Arbeiten bekannt gemacht haben, ist in den hier folgenden Text eingegangen (das eine oder andere freilich wohl auch übersehen worden). Nicht möglich war es jedoch, sich auf wissenschaftliche Literatur zu größeren Teilgebieten zu stützen: Es gibt keine Studie, die die eine oder andere politische Partei im Land in

ihrer Gesamtheit, keine, die das Geflecht der politischen Prozesse, ihrer Träger und Strukturen explizit zum Thema gemacht hätte.<sup>5</sup>

Was mit diesen Befunden beklagt wird, sind Defizite an einschlägiger landeshistorischer Forschung. Dass in der/den Geschichtswissenschaft(en) Befassung mit Politischem nicht nur hierzulande immer noch bzw. seit dem „cultural turn“ wieder für „out“ gilt, wird eine der Ursachen dafür sein. Mangel an Quellen müsste hingegen keine sein. Zwar trifft zu, dass Nachlässe der während der 1920er und 1930er Jahre in der Steiermark wichtigsten politischen Akteure nicht existieren bzw. nicht verfügbar sind. Aber das muss nicht entmutigen.<sup>6</sup> Denn das Landesarchiv birgt große Bestände an Behördenakten und die als Quelle oft unterschätzte Korrespondenz der Landeshauptleute. Vor allem aber enthält seine mittlerweile umfangreiche „Zeitgeschichtliche Sammlung“ zahllose aufschlussreiche Dokumente und anderes mehr. Dazu kommen seinerzeit publiziertes Schrifttum (offizielle und inoffizielle Berichte, statistische Materialien, Protokolle parlamentarischer Organe usw.) und die zeitgenössischen Grazer sowie regionalen Printmedien: sie sind häufig aussagekräftiger, als vermutet wird.

Die nachfolgende Darstellung kann selbstverständlich trotz ihrer relativen Ausführlichkeit nicht erfüllen, was wünschenswert ist.<sup>7</sup> Sie konnte die Masse der erwähnten Quellen bei

weitem nicht nützen. Sie kann steirische Politik im Beobachtungszeitraum nicht „flächendeckend“ präsentieren: Kommunalpolitik kommt nur am Rande zur Sprache, Politik in den Bezirksvertretungen, bis 1938 eine steirische Spezialität, gar nicht.<sup>8</sup> Auch die Intensität, mit der Geschehnisse und Strukturen ausgeleuchtet werden, bleibt unterschiedlich.

Die Gewichtungen im Text leiten sich vor allem von der (keineswegs originellen) Einschätzung des Autors ab, dass „Krise“ die steirische Politik überall und jederzeit determinierte: Die Allgegenwärtigkeit von „Krise“ resultierte primär daraus, dass das ökonomische Desaster, welches der Weltkrieg in Mitteleuropa produziert und hinterlassen hatte, während der folgenden 15 Jahre niemals kompensiert werden konnte. Wo, wann und von wem immer versucht wurde, mit politischen Instrumenten den Alltag der Menschen zu erleichtern bzw. Gesellschaft zu gestalten, mangelte es an materiell-finanziellen Ressourcen, die Interessen- und Verteilungskonflikte ähnlich hätten eindämmen können, wie das vor 1914 im Großen und Ganza gelungen war. Jederzeit dominierte Knappheit, stets blieb, was gerade noch ermöglicht werden konnte, hinter Erwartungen zurück – auch wenn diese nie hochgespannt waren. Dieser allemal wirksame Hintergrund bestärkte die politisch-ideologischen und sozialen Ressentiments, die die diversen Gruppen der Landsleute ohnehin gegeneinander hegten, er machte ihnen noch plausibler, dass die jeweils „Eigene“ fortwährend zugunsten der „Anderen“ benachteiligt würden und die professionelle Politik tat wenig dazu, solchen Eindrücken entgegenzusteuern. Im Parteienwettbewerb der jungen Massendemokratie erforderte schon die Binnenkommunikation der Parteiführungen mit ihrer jeweiligen Anhängerschaft immer auch, deren Stereotypien einigermaßen zu pfle-

gen. – Politische Krise im Land wurde ferner bald mehr, bald weniger von der Wahrnehmung des österreichischen bzw. internationalen Umfeldes bestimmt. (Wir denken an „Anschluss-Verbot“ und Grenzziehungen im Frieden von Saint-Germain, an politische Bedingungen als Äquivalente für internationale Kredithilfen, an die fast stets aggressive Rhetorik in den Debatten des Parlaments in Wien usw.) Nur selten hingegen kamen von außen Signale, die zu Optimismus Anlass gaben. – Schließlich registrierte das Publikum beinahe Tag für Tag, dass in der „postkaiserlichen“ Zeit politische Auseinandersetzungen und Gewaltakte scheinbar zwingend zusammengehörten – alles zusammen Symptome für die Festigung der Einschätzung, dass man in krisenhaften Verhältnissen existiere und ihnen nicht entgehen könne.

Trotz der Evidenz dieser Befunde ist nicht zu übersehen, dass innerhalb der „politischen Klasse“ erstaunlich viel kooperiert wurde. Das geschah oft geradezu verschämt und fast immer unter asymmetrischen Machtverhältnissen – die jeweils „Starken“ veranlassten die „Schwachen“ zur Kooperation. Vor allem gelegentlich akuter schwerer Zusammenstöße funktionierte de-escalierendes, kooperatives „Management“ lange Zeit erstaunlich gut (z. B. im Februar 1919 beim „schwarzen Samstag“ und im Juni 1920 beim „Kirschenrummel“, beides in Graz, im November 1922 in Judenburg und Knittelfeld, im Oktober 1926 im Landtag, Mitte Juli 1927 unmittelbar nach dem Brand des Justizpalastes, beim und nach dem „Pfrimer-Putsch“ 1931). Selbst das Ineinandergreifen von Weltwirtschaftskrise und Aufstieg des Nationalsozialismus (inklusive dessen „kulturrevolutionären“ Dimensionen) setzte die seit 1918/19 geübte Praxis der steirischen Politik nicht vollends außer Kraft, zwischen Konflikt und Kooperation einigermaßen Balance zu halten.

## Der Krieg an seiner „Inneren Front“ und der Einsturz der öffentlichen Ordnung – eine Einleitung

Militärisch fand der erste Weltkrieg nicht in der Steiermark statt, die Fronten, an denen Österreich-Ungarn kämpfte, lagen weit oder ein gutes Stück entfernt. Das Land litt weniger unter dem Krieg als etwa Galizien, die Bukowina oder Tirol. Aber von dem, was an der „Inneren Front“ als Folge von Kriegsführung in Gang kam und sich immer mehr beschleunigte, war auch die Steiermark massiv betroffen. Man kann das, natürlich grob vereinfachend, auf einen Nenner bringen: Es handelte sich, vom Krieg ausgelöst, um eine Vielfalt von untereinander verzahnten Vorgängen, von Ereignisketten, die unumkehrbar und mit steigendem Tempo auf den Einsturz der hergebrachten politischen Ordnung, auf das Ende des „alten Österreich“ zuliefen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, die definitive Auflösung des sowohl multinationalen wie monarchisch-obrigkeitsstaatlichen politischen Systems und die endgültige militärische Niederlage fanden im Herbst 1918 nicht zufällig fast gleichzeitig statt.<sup>9</sup>

In der Folge wird in dieser Einleitung in sechs Schritten versucht, Ursachen, Phasen und Erscheinungsformen dieses Einsturzes zusammenzufassen: Mangelwirtschaft, staatliche Interventionen und soziale Verwerfungen (I), die russische Oktoberrevolution 1917 und ihre ambivalenten Wirkungen auf Österreich-Ungarn (II), Alternativ- und Ratlosigkeit von Monarch und Staatsapparat (III), Orientierungsdefizite deutschösterreichischer Politik inklusive der Sozialdemokratie (IV), Symptome von Auflösung anhand steirischer Beispiele (V), wirtschaftlicher, politischer und militärischer Kollaps (VI).

(I) Neben dem Faktum, dass der Krieg weder an den Fronten siegreich entschieden noch

rechtzeitig diplomatisch im Weg eines „Verständigungsfriedens“ beendet werden konnte, lag dieser Dynamik zugrunde, dass das Kriegsführen per se, je länger es fortdauerte, eine Notlage generierte, deren Intensität bisher außerhalb aller Vorstellungen gelegen war. Diese Notlage hatte vielerlei Ursachen, manifestierte sich aber im „Hinterland“ in einem allgegenwärtigen Mangel an allem und jedem, was die Bevölkerung für die Bewältigung ihres Lebens unmittelbar benötigte. Nahrungsmittel begannen bereits im Herbst 1914 knapp zu werden, weil Bauern und Landarbeiter überproportional zur Truppe kommandiert waren; in den folgenden Jahren änderte sich daran nichts, die Produktionsfähigkeit des Agrarsektors wurde vielmehr dadurch weiter gesenkt, dass Pferde, das wichtigste Zugvieh auf dem Land, zu Zehntausenden an die Kriegsschauplätze abgegeben werden mussten, um dort Nachschubgüter zu transportieren oder Kanonen zu ziehen. So blieb die Agrarproduktion, auf dem Gebiet der nachmaligen Republik schon vor 1914 nicht entfernt in der Lage, den Bedarf zu decken, im Krieg selbst hinter sehr zurückgeschraubten Bedürfnissen weit zurück. Es brauchte große Zufuhren aus Ungarn, Böhmen und Mähren, selbst für die Steiermark trotz ihrer damaligen Grenzen. Natürlich wuchsen in diesen Regionen die Widerstände gegen „Ausfuhren“ nach Wien und Graz sowie in die Industriezone der Obersteiermark usw. Ungarn als eigener Staat innerhalb des Reiches stoppte seine Lieferungen nach Österreich bereits früh fast gänzlich.

Was für Lebensmittel galt, galt in den Städten und Industrieorten fast ebenso dramatisch für das Fehlen von Kohle. Dass sie, obwohl in „Altösterreich“ reichlich vorhanden, nicht zu den Verbrauchern kam, lag wieder am Arbeits-

kräftemangel, an ihrer bevorzugten Lieferung an die Industriebetriebe, an den Engpässen bei den Eisenbahnen – auch die wurden in erster Linie für den Nachschub an die Fronten eingesetzt. Also hatte die Zivilbevölkerung das Heizen weitgehend zu drosseln; es wurde zum Luxus. Auch an anderen Bedarfsgütern fehlte es überall. Freilich waren die meisten von ihnen leichter zu entbehren als Brot, Milch, Fleisch oder Heizmaterial; Tabakwaren gingen den Rauchern allerdings sehr ab.

Selbstverständlich reagierte der Staat auf die umfassenden Verknappungen. Das Notverordnungsrecht („§ 14“) erlaubte ihm umfassende Interventionen – auch die Aufhebung der Versammlungsfreiheit und die Etablierung einer weitreichenden Preszensur bereits am 25. Juli 1914. Die Masse der Bevölkerung interessierte diese „Kriegsdiktatur“ (J. Redlich) lange Zeit so wenig wie die Tatsache, dass das Wiener Parlament zwischen März 1914 und Mai 1917 nie-mals zusammengerufen wurde. Für sie standen ihre Alltagssorgen im Zentrum. Dass die Regierungen die Verteilung von Lebensmitteln rationierten und den Landwirten Ablieferungspflichten zu festgesetzten Preisen auferlegten, wurde, außer von den Agrariern, anfangs weit-hin gutgeheißen. Aber für die faktische Ernährungslage waren diese und zahlreiche zusätzliche Maßnahmen nicht viel mehr als Tropfen auf heiße Steine.

Auch in Industriebetrieben und Bergwerken griff der Staat, um die Produktionsleistungen trotz kriegsbedingt verknappter Belegschaften nicht nur zu halten, sondern für den Bedarf der Armeen signifikant zu steigern, ähnlich rigoros durch wie im Agrarsektor. Bereits 1914 wurden der bislang freie Wechsel des Arbeitsplatzes von einem Betrieb in einen anderen an Bewilligung geknüpft und Streiks, ohnehin erst seit relativ kurzer Zeit in der Regel zulässig, generell verboten. Die Löhne der Arbeiter wurden zwar angehoben („indiziert“), für das Mehr an Bank-

noten gab es aber immer weniger zu kaufen. („Festbesoldeten“, d. h. Angestellten und öffentlich Bediensteten, wurden Gehaltsverbeserungen sogar erst viel später gewährt.) Wahrscheinlich ärgerte die Arbeiterschaft am meisten die „Militarisierung“ der Betriebe: Schon 1914 wurden Militärs in die Fabriken und Bergwerke entsandt, um dort auf Arbeitsdisziplin zu achten und mehr oder weniger sogar die Arbeitsabläufe zu steuern. Sie bestimmten auch die „Tonart“; in den Betrieben kehrte Kommandosprache ein. Wer nicht parierte, dem drohte die Abstellung zur Truppe.<sup>10</sup> Die Erfolge aller dieser Maßnahmen waren nicht gering, dennoch nicht hinreichend. Für wachsenden Unmut der Arbeiterschaft sorgten sie allemal.

Es konnte nicht ausbleiben, dass die Stimmungslage der Bevölkerung absank. Dieser Prozess wurde massiv dadurch verstärkt, dass die allgegenwärtigen Versorgungslücken sozial ganz unterschiedlich wirkten. Während in Wien, Graz und anderen Städten vor den Abgabestellen für Lebensmittel täglich „einfache Leute“ in Schlangen standen und sehr oft Frauen, Kinder und Alte nach stundenlangem Warten mit leeren Händen heimkehrten, konnten Wohlhabende die Preise bezahlen, die auf „Schwarzmärkten“ für Fleisch, Erdäpfel etc. gefordert wurden. Auch verfügten sie, wenn sie aufs Land zum Hamstern fuhren („Rucksackverkehr“) über Gegenstände die sie tauschen konnten, z. B. Zucker, Petroleum für Lampen, Wäsche. Die Masse der Stadtbevölkerung reagierte darauf mit Erbitterung, Neid und Wut. Die Existenz von „Schleichhandel“ bewies ihr, dass die Landwirte Produkte horteten, die sie abzuliefern hatten, das Horten provozierte den Verdacht, dass örtliche bzw. regionale Behörden und Gendarmen es zuließen, um mit den Bauern ihrerseits Geschäfte zu machen. Den Bauern selbst, so ließ sich schließen, ging es zulasten der Städter viel besser, als sie behaupteten. Neid und Wut richteten sich besonders auch gegen die

Lager für zwangsweise evakuierte österreichische Flüchtlinge vom nördlichen bzw. östlichen Kriegsschauplatz, meist Polen und Ruthenen, sowie gegen die Lager für ausländische Kriegsgefangene. Man wollte deren Insassen, obwohl sie gleichzeitig als Arbeitskräfte in der regionalen Landwirtschaft und im Straßenbau usw. äußerst nützlich waren, die ohnedies ganz unzureichende Versorgung durch die Behörden nicht gönnen. In der Steiermark betraf das besonders die Lager in Wagna bzw. in Feldbach und Knittelfeld.<sup>11</sup> In einem Satz: Traditionelle Muster wechselseitiger Distanz bzw. Ablehnung zwischen Nationalitäten und gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Klassen erfuhren enorme Steigerung, soziale Konflikte von bisher unbekannter Brisanz bereiteten sich vor. Gleichzeitig stimmten in nahezu allen Gruppen immer mehr Leute darin überein, dass der Staat und seine Bürokraten trotz aller ergriffener Maßregeln nicht nur versagten, sondern sich beim Management der Mangelwirtschaft um „sozial gerechte“ Verteilung in Wahrheit gar nicht mehr kümmerten. Das politische System und seine administrativen Apparate büßten merklich an Vertrauen ein, ab 1917 bahnte sich ihre Legitimationskrise erkennbar an. Die Lage der Habsburgermonarchie wurde der des Zarenreiches ähnlich – nationalitätenpolitisch, ökonomisch-sozial und politisch strukturell.

(II) Im Zarenreich mündete das umfassende Systemversagen, gepaart mit schweren militärischen Niederlagen, ab Februar 1917 in eine Flutwelle von Revolutionen. Die erste Woge der im engeren Sinne politischen Revolution schwemmte den absolut regierenden Zaren mit samt Familie und Hof hinweg, an die Stelle von monarchischer Autokratie trat kurzzeitig (wieder) das Modell des konstitutionell-parlamentarischen Staates, liberale, dann auch sozialistische Politiker aus der früheren Duma bildeten provisorische Regierungen (Lwow, dann Kerens-

ki). Gleichzeitig erfassten nationale Revolutionen Finnen, Balten und Ukrainer: Sie und die transkaukasischen Völker separierten sich vom Imperium und fingen an, sich unabhängige Staaten zu schaffen. Aber nirgendwo bildeten sich stabile neue politische Ordnungen aus, im eigentlichen „russischen Russland“ schon darum nicht, weil die ersten postrevolutionären Regierungen weder den genannten Nationalitäten ihren Willen ließen noch den Krieg gegen die „Mittelmächte“ beendeten. Bereits das alles ließ vor allem die Donaumonarchie nicht unberührt. Aber eine neue, wahrhafte dramatische Qualität bedeutete für sie, dass die „Bolschewiki“ (ab 1918 nannten sie sich „Kommunisten“) mit dem Putsch vom 7. November (nach damaligem russischen Kalender „Oktوبرrevolution“) die Regierung an sich rissen. Denn diese waren entschlossen, sowohl den Krieg sofort zu beenden, wie Nationalitäten von Finnland im Norden bis Aserbeidschan im Süden (einstweilen) in die Unabhängigkeit zu entlassen – beides allerdings nicht als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für die Umsetzung ihrer Programmatik, eine „klassenlose“ sozialistische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung zu etablieren, einstweilen mittels „Diktatur des Proletariats“ in Gestalt der Herrschaft von „Räten“ (Sowjets).

Ihre Friedensoffensive kleidete Lenins Regierung („Rat der Volkskommissare“) in die, allgemeine Geltung beanspruchende Parole „Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen“. Selbstverständlich wussten die Sowjets, dass diese unter den in den kriegsführenden Staaten herrschenden Machtverhältnissen keine Aussicht auf Akzeptanz hatte. Demgemäß propagierten sie sie primär in der Absicht, ihre eigene Revolution quasi zu exportieren bzw. wenigstens die Regierungen in Berlin und Wien mittels Massendemonstrationen, Streiks und idealerweise bewaffneter Aufstandsaktionen innenpolitisch unter Druck zu setzen und

auf diese Weise die Friedensbedingungen für sich selbst zu verbessern und damit „zu Hause“ ihre Machtstellung zu konsolidieren. (Diese war zunächst ganz und gar prekär und provozierte ab 1918 jahrelang Bürgerkriege.) Diese Strategie ging zumindest kurzfristig nicht auf; die Staatsführungen in Berlin und Wien ließen sich von ihr nicht beeinflussen. Die Sowjetregierung musste vielmehr in dem noch im November 1917 geschlossenen Waffenstillstand mit den Mittelmächten drückende Auflagen hinnehmen, noch drastischere in dem im März 1918 folgenden Friedensvertrag von Brest-Litowsk. Das tat allerdings der Faszination, die vom „russischen Weg“ ausging, keinen Abbruch. Die Parole vom Frieden „ohne Annexionen“ behielt ihr Potential, kriegsmüde Massen anzusprechen; ihre Einfachheit und Schlüssigkeit beeindruckte angesichts der vermeintlich unnötigen bzw. bloß im Interesse der jeweils herrschenden Klassen betriebenen Fortdauer des Krieges nur umso mehr. Sie lag nun vollends auf der Linie der alten Wendung „Krieg den Palästen, Frieden den Hütten“. Für eine vorerst unbekannte, aber mutmaßlich wachsende Zahl von Menschen wurde zudem plausibel, dass der Friede nur noch mittels revolutionär-sozialistischer Umwälzungen erreicht werden könne, durch Sturz der Dynastien, voran der Hohenzollern und der Habsburger, durch komplett Entmachtung ihrer militärischen und zivilen Apparate sowie ihrer Profiteure und Anhängerschaft (und bei Bedarf durch Liquidierung von deren Personal). Dass die Bolschewiki um des Friedens willen in Brest-Litowsk unerhörte Opfer auf sich genommen hatten, machte sie nicht nur noch sympathischer, es machte Revolutionen nach ihrem Muster scheinbar noch zwingender. Kampf um den Frieden und Kampf um Sozialismus bedingten einander in dieser Sicht.

Stärker als auf die Mächte der Entente wirkte die Sprengkraft des sowjetischen Modells auf Deutschland und Österreich-Ungarn. In beiden

Reichen litt die Bevölkerung mehr unter der Fortdauer des Krieges als in Westeuropa. In beiden existierten außerdem größere sozialdemokratische Parteien bzw. Lager als dort, zudem, ihrer Programmatik und weithin auch dem Selbstverständnis ihrer Mitglieder und Anhänger zufolge, revolutionär-proletarische. Aussicht auf Beendigung des Krieges und, damit verschränkt, auf tatsächlichen Durchbruch in eine sozialistische Zukunft fielen somit in Deutschland und Österreich-Ungarn vermutlich auf besonders günstigen Boden. – Für die Habsburgermonarchie kam existenzgefährdend die bolschewistisch-kommunistische Nationalitätenpolitik hinzu – und die indirekte, teilweise zustimmende Antwort auf sie im „14-Punkte-Plan“ US-Präsident Woodrow Wilsons vom Jänner 1918. Vor allem ihre slawischen Völker wurden durch die Botschaften sowohl aus Petrograd/Moskau wie aus Washington ermutigt, wenigstens entschiedener „nationale Autonomie“ für sich zu fordern, vielfach, vor allem unter ihren Emigranten in Westeuropa und den USA, darüber hinaus aber volle staatliche Unabhängigkeit. War diese zweite Konzeption mit dem Bestand des Donaureiches überhaupt schlechthin unverträglich, so beinhaltete auch die erste das Potential für dramatische innenpolitische Konflikte. Denn nationale Autonomie herzustellen, war in Österreich-Ungarn bereits seit langem diskutiert, manchmal auch vorsichtig zu realisieren versucht worden, jedoch in ihren ehrgeizigeren Fassungen nie durchsetzbar gewesen. Die Deutschen Österreichs und die Magyaren Ungarns hatten sich ihr fast ausnahmslos widersetzt, nicht selten indem sie Allianzen miteinander bildeten, manchmal auch mit Hilfe der reichsdeutschen diplomatischen Vertretungen in Wien und Budapest. (Von Berlin war dann signalisiert worden, das Bündnis mit Habsburg, der „Zweibund“, stehe auf dem Spiel.<sup>12)</sup> Auch die Aktualisierung von bloßer nationalen Autonomie

bedeutete somit 1917/18 allemal Destabilisierung der Habsburgermonarchie.

Die Turbulenzen im vormaligen Imperium der Zaren und namentlich Brest-Litowsk hatten allerdings für beide Mittelmächte, speziell aber für Österreich-Ungarn auch eine „positive“ Seite. Vor allem entlastete sie der Friedensschluss definitiv davon, in Osteuropa weiter kämpfen zu müssen, er befreite sie vom Zwei-Fronten-Krieg. Brest Litowsk ließ außerdem reichliche Zufuhr von Getreide („Brotfrieden“) und Kohle erwarten. (Diese Hoffnungen erfüllten sich während der folgenden Monate nicht, obwohl deutsche und habsburgische Truppen weite Gebiete im Osten besetzt hielten.)<sup>13</sup>

Beide Faktoren, Waffenruhe und Aussicht auf Zufuhren, zusammen steigerten gleichzeitig die Zuversicht, den Krieg, wenn man in West und Süd nur „durchhielt“, siegreich oder wenigstens durch einen Verständigungsfrieden erträglich beenden zu können. Umso vehemente fiel in breiten Kreisen Deutschlands und der Donaumonarchie die Ablehnung jener aus, die verdächtig waren, mit Sowjetrusslands fortgesetzter Friedenspropaganda zu sympathisieren, den eigenen Kampfwillen zu unterhöhlen und sich überdies sogar die politisch-soziale Revolution der Bolschewisten zum Vorbild zu nehmen. Wer für Frieden „ohne Annexionen“ usw. eintrat, entwertete aus dieser Sicht die patriotisch-nationalen Opfer, die im Krieg bereits vollbracht worden waren, delegitimisierte die Kriegsziele des eigenen Staates – nicht selten für „heilig“ erklärte Kriegsziele –, denunzierte sie als bloß imperialistisch-kapitalistische, untergrub den bereits 1914 ausgerufenen innenpolitischen „Burgfrieden“, zog sich somit den erbitterten Hass der Staats- und Kaisertreuen zu. Ohnehin standen „Linke“ aller Schattierungen bereits lange im Geruch, pazifistische Defäten zu sein. Wer unter ihnen als prononzierte „Rotter“ außerdem die radikalen sozialökonomischen Umstürze in Russland mit Beifall bedach-

te – trotz der abscheulichen Gräuel, mit denen dort die „Diktatur des Proletariats“ praktiziert wurde; nicht selten wurden sie als „asiatisch“ qualifiziert – verfiel geradezu der Verfemung. Hier deuteten sich bereits Konfliktlinien an, die nach 1918 an Intensität noch zunahmen. Dass namentlich die Führungselite der Sozialdemokratie, aber auch ein guter Teil der linksliberalen Opinionleader als „verjudet“ galten, kam dazu; der endemische Antisemitismus fand sich einmal mehr bestätigt.

(III) Gegen Sommer 1918 zeigte sich, dass der Kriegsverlauf in Frankreich den relativen Optimismus des Winters nicht rechtfertigte. Die strategische Offensive der deutschen Armeen, die nach Überzeugung der obersten Heeresleitung (Hindenburg, Ludendorff) in Frankreich den Krieg militärisch entscheiden sollte, kam ins Stocken; bald gerieten auch deren defensive Kapazitäten an ihre Grenzen. Im Juni scheiterte eine große Angriffsoperation des k. u. k. Heeres in Oberitalien, sie kostete die letzten Reserven an Ausrüstung und Kampfkraft der Truppen. Die Lage wurde für Deutschland wie für Österreich bedrohlich, erst recht für deren Partner Bulgarien an der „Saloniki-Front“. Im September schied es aus dem Krieg aus. Auf der Balkanhalbinsel war die Donaumonarchie seitdem den Alliierten gegenüber wehrlos.

Mit dieser Verdüsterung der militärischen Lage wurden die schwierigsten innenpolitischen Probleme Österreich-Ungarns wirklich brandaktuell. In Cisleithanien hatte die im Mai 1917 erfolgte Wiedereinberufung des Parlaments keine Entlastung bewirkt, im Gegenteil. Die Sitzungen der Abgeordneten waren dominiert von Beschwerden über Behördenversagen und Behördenwillkür. Die nationalen Konflikte eskalierten noch weiter. Zu ihrer Entschärfung hatten Kaiser Karl und sein Regierungschef Hussarek schon einige Zeit über einem Manifest

gebrütet, um endlich nationale Autonomie in Österreich quasi in letzter Stunde doch noch zu realisieren. (Analogen für Ungarn in Aussicht zu nehmen, wurde gar nicht erst gewagt.) Es visierte, selbstverständlich unter dem Dach der Gesamtmonarchie, „Nationalstaaten“ an, denen ein größeres Maß an Selbstregierung zugeschlagen wurde. Neben anderem kennzeichnete das Vorhaben aber, dass es die weit überwiegend von Deutschösterreichern bewohnten westlichen und nördlichen Teile Böhmens dem autonomen „deutschen“ Sub-Staat zuordnete – in vieler Hinsicht konsequent, aber gleichzeitig eine perfekte Provokation der Tschechen, die eine derartige Teilung des Kronlandes bereits seit Jahrzehnten mit aller Konsequenz bekämpft hatten. Die Maßnahme trieb sie geradezu in die Arme derer, die die Zukunft ihres Volkes nur mehr in einem vollkommen unabhängigen Staat sahen und die unter dem Eindruck der bolschewistischen Nationalitätenpolitik sowie mit zunehmender Kriegsdauer für diese Zielsetzung ohnehin immer mehr Anhang fanden. Aber gegen den Willen der Deutschen der Monarchie und Deutschlands ging 1918 nichts mehr. Denn Kaiser Karl hatte sich im Zuge eines Canossaganges Wilhelm II. sowie Hindenburg und Ludendorff vollends unterwerfen müssen: Im April 1918 war ruchbar geworden, dass Karl ein Jahr zuvor, ohne Rücksprache mit Berlin, Frankreich für einen (Separat-)Frieden hatte gewinnen wollen („Sixtus-Affäre“, „Parmaver schwörung“).<sup>14</sup> Letztlich mussten der Kaiser und seine Minister ratlos zusehen, dass es nationalitätenpolitisch in Wahrheit keinen Ausweg mehr gab; was sie noch hofften, erwies sich rasch als illusionär.

Ebensolcher „Realitätsverlust“ bzw. analoge Ratlosigkeit beherrschte inzwischen auch die Militär- und Außenpolitik des Reiches – noch im Juli phantasierte der Generalstabschef von der „völligen Angliederung“ Serbiens und Montenegros an die Monarchie – sowie die

sonstige Innenpolitik von Monarch und Regierungspersonal. Seit der bzw. die „Brotfrieden“, wie bemerkt, nicht entfernt gebracht hatten, was von ihm bzw. ihnen erwartet worden war, vermochten sie der weiteren Verschlechterung der Versorgungs- und Sicherheitslage nichts mehr entgegenzusetzen. Mittlerweile standen die politisch-sozialen Verhältnisse auf Sturm, revolutionäre Explosionen konnten jeden Tag stattfinden. Seit einer großen Streikwelle im Jänner 1918 ereigneten sich Arbeitsniederlegungen im lokalen oder klein-regionalen Rahmen spontan oder organisiert de facto jede Woche. Oft wurden sie von Ausschreitungen und Plünderungen begleitet. Die staatlichen Sicherheitsbehörden vermochten Ruhe und Ordnung kaum mehr wiederherzustellen, immer häufiger wurde Militärassistenz erforderlich. Da und dort entstanden halbuniformierte Sicherheitsorgane, die sich die Arbeiterschaft selbst schuf. Die damit konfrontierten Bezirkshauptleute wussten nicht mehr, wie sie sich zu ihnen stellen sollten; bald wurde ihnen deren strikte Auflösung aufgetragen, bald tolerierten sie sie als unter den gegebenen Verhältnissen zweifelsfrei nützlich. Im Juni beschrieb der vormalige Außenminister Ottokar Czernin die „österreichischen Wirren“ als „Anarchie“. Es gab, abgesehen von der Fixierung auf den „deutschen Kurs“, keinerlei alternative Vorstellung mehr für die Restrukturierung der inneren Politik, ja über derlei wurde gar nicht nachgedacht; z. B. zog bis Mitte Oktober niemand, der maßgeblich war, in Betracht, Repräsentanten der Sozialdemokratie und/oder der Christlichsozialen, also Vertreter der Massenparteien, zur Mitwirkung in der Regierung heranzuziehen, um wenigstens in einem Teil des Reiches Stabilisierung zu erzielen.<sup>15</sup>

(IV) Ob diese beiden Parteien willig gewesen wären, Regierungsfunktionen auf sich zu nehmen, stand freilich dahin. Die Christlichso-

zialen hatten bereits seit ihrer schweren Wahlniederlage von 1911 weitgehend aufgehört, in der Politik des Staates aktive Rollen zu spielen; sie konzentrierten sich auf die Landespolitik von Niederösterreich (inklusive Wiens) und die Kommunalpolitik der Reichshauptstadt. Nach Karl Luegers Tod (1910) gab es unter ihnen keine unbestrittene Leitfigur mehr, den selbst hatte allerdings ebenfalls nur die Stadtpolitik Wiens wirklich interessiert. (Ignaz Seipel begann erst während des Krieges, sich um Politik praktisch zu kümmern.) In den Kriegsjahren zerfiel die Partei weitgehend. Dass das Abgeordnetenhaus bis 1917 nicht tagte, hatte u. a. zur Konsequenz, dass die christlich-soziale Fraktion sich nahezu nie zusammenfand – bis dahin das zentrale Forum innerparteilicher Kommunikation. Später, als im Reichsrat die nationalen Konflikte wieder mit aller Vehemenz ausgetragen wurden, hielten sich die Christlichsozialen weitgehend im Schatten der deutschnationalen bzw. – radikalen Gruppen, sie wollten sich als deutsche Österreicher keine Blößen geben. Im Übrigen hielten sie es mit ihrer traditionellen „Kaisertreue“, also mit politischer Abstinenz vor allem in den zentralen Fragen von Außen- und Militärpoltik. So kamen aus ihren Reihen bis zuletzt auch keine Initiativen, das politische System strukturell zu reformieren – und der Kaiser rief sie nicht.

Nicht abstinenz verhielten sich die bürgerlichen Deutschnationalen diverser Schattierungen. Dass sie mit dem Grazer Abgeordneten Viktor von Hohenburger jahrelang den Justizminister stellten, bedeutete nicht, dass sie für die Parlamentarisierung der Regierungen eintraten, von der Kaiser Karl nichts wissen wollte. Sie bedurften der förmlichen Regierungsbeteiligung gar nicht, um den „deutschen Kurs“ durchzusetzen, mehr und mehr trieben sie Monarch und Ministerien vor sich her – etwa mit den Forderungen nach nationaler Teilung Böhmens, nach Ausscheidung Galiziens aus dem

Wiener Parlament zwecks Sicherung einer deutschen Mehrheit in diesem oder, zwecks Gewährleistung ungehinderten „deutschen“ Zugangs zur Adria, speziell zu Triest, mit ihrem strikten Veto gegen irgendeine Variante von nationaler Autonomie für die Slowenen. In Summe ließen diese und andere Begehren darauf hinaus, substantielle Kompromisse mit slawischen Nationalitäten unmöglich zu machen.

Rebus sic stantibus kam umso mehr auf die Positionierung der Sozialdemokratie an – während der Endphase des Donaureiches, aber anschließend ebenso jenseits von Kaiser und Staat. Auch die SDAP befand sich seit längerem in einer schwierigen Situation. Ihr ursprüngliches Selbstbewusstsein, der politische Arm einer Bewegung zu sein, die nicht bloß programmatisch „internationalistisch“ dachte, sondern, indem sie deutsche, tschechische, polnische und andere „Proletarier“ des Habsburgerreiches in sich vereinigte, tatsächlich eine internationale Organisation bildete, hatte um 1910 einen schweren Schlag erlitten: einige ihrer nationalen Sektionen, voran die tschechische, hatten sich verselbständigt. Lager und Partei hatten trotz intensiver Bemühungen, ihr entgegenzusteuern, z. B. mittels Konzepten personaler Autonomie, der Desintegrationskraft des einheimischen Nationalitätenkonfliktes nicht standhalten können. Seitdem war die Partei de facto zu einer deutschösterreichischen mutiert, weniger ideologisch als emotional. Viele ihrer Anhänger, aber auch viele aus ihren Führungsstufen waren von den Nationalisten unter ihren vormaligen Genossen bitter enttäuscht und wandten sich noch mehr als zuvor der reichsdeutschen Sozialdemokratie zu. – Auch die Julikrise 1914 und der Kriegsausbruch trafen Partei und Lager schwer. Die ältere Erwartung, die „Proletarier aller Länder“ würden den großen Krieg verhindern können, z. B. durch untereinander akkordierte große Streiks, hatten sie bereits zuvor aufgeben müssen. Die Arbeiter-

schaft selbst und die Parteiführung mussten den Weg in den Krieg rat- und tatenlos hinnehmen. Manche aus der Parteielite kompensierte diese Erfahrung eigener Handlungsunfähigkeit mit dem Argument, Österreich-Ungarn müsse sich v. a. gegen den autoritären Polizei- und Militärstaat des Zaren wehren, andere hielten aus nationalen Gründen unbedingte Solidarität mit dem Deutschen Reich für zwingend.<sup>16</sup> Seitdem betrieb der Parteivorsitzende Victor Adler weiter eine vorsichtige Politik des Mittelwegs: trotz des wachsenden Unmutes in seiner Anhängerschaft vermied er es, Militär und Behörden durch auffällige Gesten von Opposition zu reizen; es galt, das „rote“ Organisationsgefüge über den Krieg hinweg so gut wie möglich intakt zu halten. Selbst als sein Sohn Friedrich, um ein Zeichen des Widerstandes zu setzen, im Oktober 1916 den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh ermordet hatte, änderte Victor Adler diesen Kurs nicht. (Der junge Adler wurde dafür zum Tode verurteilt, Kaiser Karl begnadigte ihn zu lebenslanger Haft.) Erst der Zusammenbruch des Zarenreiches und vollends die bolschewistische Revolution und Brest-Litowsk dynamisierten die Widersprüchlichkeiten zwischen der oppositionellen und halbrevolutionären Tradition der SDAP, der wachsenden Erbitterung in der Arbeiterschaft und der Zurückhaltung des Parteichefs. Innerhalb der (erweiterten) Parteiführung formierte sich eine Gruppe der „Linken“ mit Otto Bauer, selbst aus russischer Gefangenschaft gerade heimgekehrt, an der Spitze. Aber auch sie artikulierte nur in schärferen Worten, was sie alles ablehnte, Handlungsalternativen wusste sie nicht. So blieb es bei Victor Adlers Weg, während sich mit Fortgang der Entwicklung in Sowjetrussland in der Arbeiterschaft selbst ein „Linksradikalismus“ bemerkbar machte, der sogar „die Linke“ vor sich herzutreiben begann. Es wurde immer ungewisser, ob und inwieweit die SDAP „die Massen“ noch zu steuern imstande war. Vor

allem die zahllosen Heimkehrer aus Russland stellten ein Gefahrenpotential dar. Niemand wusste, wie viele von ihnen sich die bolschewistisch-kommunistische Art von „Diktatur des Proletariats“ zu Eigen gemacht hatten und sie propagierten. Die Behörden bemühten sich, besonders die „Roten“ unter ihnen zu registrieren und zu beobachten.<sup>17</sup>

Unter diesen Umständen konnte seitens des mittlerweile nur noch dahintaumelnden Staates, falls denn seine obersten Repräsentanten es gewollt hätten, von der Sozialdemokratie keine Unterstützung mehr erwartet werden. Die Partei selbst war mit einer Zerreißprobe konfrontiert. Viele in ihrer Anhängerschaft versprachen sich 1918 von entschlossen revolutionärem Vorgehen nach russischen Muster, endlich große Teile der sozialdemokratischen Programmatik in Realität überführen zu können, andere verabscheuten, wie angedeutet, die russischen Methoden und fürchteten, deren Anwendung werde Bürgerkrieg auslösen und mit ihm perfektes Chaos provozieren.<sup>18</sup>

Sorge vor Bürgerkrieg war in der Tat noch im Herbst 1918 keine Chimäre. Denn dem Verlangen, dem Krieg schnell ein Ende zu machen und das hergebrachte politisch-soziale System durch ein „sozialistisches“ abzulösen, standen, wie erwähnt, gegenteilige Parolen gegenüber, nämlich „durchzuhalten“, weil immer noch ein erträglicher Frieden erreichbar schien, und die gewohnte Sozialordnung zu konservieren. Und diese Parolen fanden 1918 nicht weniger breite Zustimmung als die prononziert linksradikalen. Zuspruch und Schubkraft bezogen sie vor allem aus dem spezifischen Interesse der bürgerlichen und bürgerlichen Schichten am Fortbestand des ökonomisch-sozialen Status quo und natürlich außerdem aus dem Entsetzen über die Vorgänge in Russland und der dort nun vermeintlich sich ausbreitenden „roten Judenherrschaft“. Auch die traditionelle Kaisertreue war noch nicht gänzlich erlahmt, noch weniger die jüngere

„Nibelungentreue“ zum verbündeten Deutschen Reich. In den massenhaft besuchten „Deutschen Volkstagen“ brachen sich diese und ähnliche Emotionen und Motive Bahn, z. B. das, bis zur letzten Stunde die „Heimat schützen“ zu wollen. Nicht zuletzt in der Steiermark fanden zwischen März und Ende Oktober 1918 in Graz, einigen Bezirksstädten (z. B. Weiz, Bruck an der Mur, Judenburg) aber auch in kleinen Gemeinden wie Ligist oder Semriach rund 25 solcher „Volkstage“ statt. Auf ihnen agitierten zwar auch (wenig bekannte) Politiker, z. B. Georg Gimpl (CSP), der Pfarrer von Wettmannstätten, oder Eduard Gargitter (DN), der Vizebürgermeister von Graz, aber noch viel mehr Stadtpfarrer und Bürger „aus dem Volk“, oft auch lokal prominente Akademiker, wie Viktor Geramb, Hans Kloepfer oder Walter Pfrimer. Dabei wurden bis zum 27. Oktober immer gleiche, inzwischen illusionäre, aber stets aggressive Resolutionen beschlossen.<sup>19</sup> Jede Art von Zusammenstößen mit „Proletariern“ war möglich; denn die hielten, wenngleich zeitversetzt, Gegenversammlungen ab.

(V) Kurz, 1918 konnte wirklich alles geschehen. Vier steirische Beispiele bezeugen den Grad der damaligen Auflösung sowohl der staatlich-behördlichen wie auch der sozialen Ordnung bzw. der Verhaltensnormen (als Basis dieser Ordnung). Sie bezeugen auch die Monstrosität umgehender Befürchtungen: Im April berichtete der Gendarmeriehauptmann Arnold Lichem aus dem untersteirischen Cilli/Celje, raubende Banden zögen durch den Bezirk, die Menschen hätten aufgehört, zwischen Mein und Dein zu unterscheiden, die Gendarmerie wäre mangels Personal nicht mehr fähig, die öffentliche Ordnung halbwegs aufrecht zu halten. (Gestohlen und geraubt wurde natürlich nicht nur dort, sondern im gesamten Land und mit viel Phantasie hinsichtlich „lohnender“ Objekte; weder Post- und Bahnpakete waren sicher

noch Vieh auf Almen, von Wild zu schweigen.) – Im Juni fragte die Grazer Statthalterei die Bezirkshauptmänner, was sie davon hielten, die Arbeiterschaft durch Exekutivkräfte beizeiten entwaffnen zu lassen, weil diese, falls demnächst Bürgerkrieg ausbreche, dem wehrlosen Bürgertum absolut überlegen sein würde. Die meisten Antworten lauteten allerdings negativ, selbst in Städten und Industrieorten hätten zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Arbeitern kaum Waffen zutage gefördert. – Im August wurde aus Semriach gemeldet, der dortige Distriktsarzt wäre angewiesen worden, Kinder und Alte zu vergiften. Zwar ließ sich nicht einmal verifizieren, dass das Gerücht überhaupt umging, aber die Falschmeldung signalisierte doch, was einige mittlerweile für möglich hielten. – Schließlich, als der Staat zusammengebrochen war, hieß es aus Edelschrott auf der Pack, dort hätten sich ein paar dutzend junge Männer zu Räuberbanden zusammengerottet und rechtfertigten ihre Aktionen damit, dass es grundsätzlich *in einer Republik keine Gesetze mehr gäbe*.<sup>20</sup>

(VI) Es muss hier genügen, nur ganz wenige Unruheakte zu nennen, die 1918 als Vorboten den im Herbst kommenden finalen Einsturz des alten Regimes signalisierten. Es begann im Jänner im Raum Wiener Neustadt mit der schon erwähnten Welle illegaler Streiks, die sich gedämpfter auch auf die Steiermark ausdehnte. Die Regierung wagte nicht mehr, mit Gewalt gegen die Streikenden vorzugehen. Doch gelang es noch, mit einigen Zugeständnissen die Streikbewegung zu beenden. Die SDAP-Führung war von der Ausdehnung der Streiks überrascht worden, sie sah, dass ihr Teile der eigenen Anhängerschaft entglitten. Deshalb richtete sie ein System von „Ordnern“ ein, um unkontrollierte Aktionen in Zukunft hintanzuhalten; bei den Aufmärschen des 1. Mai bewährte es sich erstmals. Aber mehr konnte die Partei vorläufig kaum mehr tun, als Versammlungen abzuhalten.

ten, die dem Verdruss der Massen wenigstens Ventile boten.

In der Nacht vom 12. zum 13. Mai meuterten in Judenburg slowenische Soldaten der Garnison gegen ihre Verlegung an die Front. Ihre Aktion wandte sich primär aus nationalen Gründen gegen den habsburgischen Staat, für den sie nicht mehr kämpfen und sterben wollten. Sie wünschten sich inzwischen an dessen Stelle einen unabhängigen südslawischen Nationalstaat. Ebenso charakteristisch für die damalige Stimmung war, dass zahlreiche zivile Bewohner Judenburgs die Meuterei spontan dazu nutzten, die Geschäfte der Stadt zu plündern und zu zerstören. Gegen 500 wurden anschließend Anzeigen erstattet.<sup>21</sup> Da tobte sich eine soziale Revolte gegen Obrigkeit und gesellschaftliche Ordnung aus. Noch im Mai folgten kleinere Meutereien in Murau und Radkersburg.

Von da an riss die Serie sozialdemokratischer Versammlungen nicht mehr ab; immer war neben dem Hunger sofortiger Frieden ihr Hauptthema, dazu die Auseinandersetzung mit den Volkstagen.<sup>22</sup> Von dem in Bruck an der Mur sagte Michael Schacherl von der steirischen SDAP, es handle sich bei ihm um reinen „Schwindel“ im Dienst der großen Kapitalisten, die an der Verlängerung des Krieges weiter profitieren wollten;<sup>23</sup> (natürlich irrte er, die Teilnehmer an Volkstagen waren keineswegs bloße Marionetten). Beim Volkstag in Judenburg am 21. Juli versammelten sich Delegierte aus lokalen „Deutschen Volksräten“ des ganzen obersten Murtales; da existierte also bereits eine Art überlokaler Organisation. Walter Pfrimer benützte die Gelegenheit, sich erstmals öffentlich bemerkbar zu machen.<sup>24</sup> Es sah danach aus, dass sich ganz links und ganz rechts radikale Oppositionen gegen die Regierung formierten, beide mitunter gewaltbereit.

Nach dem Scheitern der „Piave-Offensive“, deren Verluste an Menschen und Material so

enorm waren, dass Truppeneinheiten begannen sich aufzulösen, und der Kapitulation Bulgariens im September, ging alles ganz schnell.

Mitte Oktober sah man in Graz den wirtschaftlichen Kollaps unmittelbar bevorstehen – noch vor dem politischen und militärischen. Am 15. Oktober z. B. erfuhr man, dass 60 Waggon Kartoffel aus Mähren nicht mehr einlangen würden: die dortigen Tschechen weigerten sich, noch irgendwelche Lebensmittel außer Landes zu liefern. Damit würde der „völlige Zusammenbruch der staatlichen Lebensmittelversorgung unabwendbar“, hieß es.<sup>25</sup> Der Stathalter, herkömmlich Wiens starker Arm im Land, wusste nicht mehr, was er hätte verteilen können.

Tags darauf, am 16. Oktober, erließ der Kaiser das „Völkermanifest“. Generell in gewundener Sprache abgefasst, wurde es nur in einem Punkt konkret: Es sah „Nationalversammlungen“ der österreichischen Völker vor (darunter eine „deutschösterreichische“).<sup>26</sup> Diese sollten in ihrem jeweiligen Bereich autonom sein, miteinander aber einen Bundesstaat aushandeln. Autonomie brauchten diese Völker damals allerdings nicht mehr eingeräumt zu bekommen, sie nahmen sie sich und steigerten sie zur vollen Unabhängigkeit; von einem gemeinsamen Bundesstaat wollten sie nichts mehr wissen. Faktisch war die Donaumonarchie bereits zerfallen. Für eine gemeinsame kaiserliche Regierung, wie sie das Manifest voraussetzte, blieb kein Platz mehr. Tatsächlich räumten die zwei letzten Regierungen Kaiser Karls innerhalb von nur drei Wochen geräuschlos das Feld.

Schließlich brach Ende Oktober auch die k. u. k. Armee zusammen – und auseinander. Am 3. November schloss ihr Oberkommando mit Italien noch Waffenstillstand. Dann löste es sich auf und überließ die Truppen sich selbst. Jetzt war vom Kaiserstaat nichts mehr übrig.<sup>27</sup>